

Wahlprüfstein UVSD SchmerzLOS e. V.

Ihre Frage	Unsere Antwort
Versorgung für Schmerzpatienten	
Wie wollen Sie die Versorgung von Schmerzpatienten konkret verbessern?	<p>Wir wollen in Anlehnung an die SAPV eine spezialisierte ambulante Schmerzversorgung (SASV) als Ergänzung der Versorgung nach § 135 Abs. 2 SGB V (Qualitätssicherungsvereinbarung zur schmerztherapeutischen Versorgung chronisch schmerzkranker Patienten) und der teil- / vollstationären und tagesklinischen Angebote einführen.</p> <p>In den SASV-Teams bestehend aus SchmerzärztInnen, PsychotherapeutInnen, PhysiotherapeutInnen und Pain Nurses werden die Ersteinschätzung und gegebenenfalls Überweisungen vorgenommen. Die patientenorientierte und bedarfsgerechte Versorgung wird im Team besprochen. So werden unnötige Behandlungen und ein Herumirren des Patienten im Gesundheitssystem vermieden. Darüber hinaus werden volkswirtschaftliche Kosten durch Produktivitätsausfälle eingespart.</p>
Stimmrecht für Patientenvertreter	
Noch gibt es in der Beteiligung von Patientenvertretern nicht in allen Fällen ein Stimmrecht für diese, z. B. im Zulassungsausschuss für Ärzte bei den Kassenärztlichen Vereinigungen Wie wollen Sie dies konkret verbessern?	<p>Die SPD ist der festen Überzeugung, dass Patientenvertreter:innen ein hohes Maß an Expertise in eigener Sache in die Entscheidungsstrukturen des Gesundheitswesens einbringen. Sie nehmen auf diese Weise eine Korrektivfunktion wahr, die aktiv dazu beiträgt, unser Gesundheitssystem patientenorientiert weiterzuentwickeln. Die SPD hat wiederholt auf die Notwendigkeit hingewiesen, die positiven Erfahrungen der Mitberatung von Patient:innenvertretern in den verschiedenen Gremien auf Landesebene gezielt aufzugreifen und weiterzuentwickeln. Für eine zukunftsfähige sektorenübergreifende Versorgungsplanung</p>

	<p>braucht es aus unserer Sicht ganz klar eine starke Stimme der Patient:innen.</p> <p>Derartigen Diskussionen hat sich jedoch die Union verweigert. Konkret fordert die SPD beispielsweise seit langem ein gleichberechtigtes Stimmrecht der Patientenbank bei Entscheidungen im Gemeinsamen Bundesausschuss. In erneuter Regierungsverantwortung gehören diese Fragen für uns daher zwingend auf die Tagesordnung.</p>
<p>Aufnahme der Krankheit "Chronische Schmerzen in die Versorgungsmedizin-Verordnung</p>	
<p>Chronische Schmerzen sind nicht in der Versorgungsmedizin-Verordnung als eigenständiges Krankheitsbild erfasst. Wie wollen Sie konkret für Abhilfe sorgen?</p>	<p>Die Novellierung der Versorgungsmedizin-Verordnung (VersMedV), die sich bereits im konkreten Abstimmungsprozess mit den Verbänden befand, wurde aufgrund von Einwänden derselben gestoppt. Der Prozess muss neu aufgesetzt werden, um mit den Verbänden und Sachverständigen die notwendigen Änderungsbedarfe final abzustimmen. An diesem Prozess werden wir uns aktiv beteiligen.</p>
<p>Stärkere Anerkennung des Ehrenamts</p>	
<p>Wie wollen Sie dafür sorgen, dass ehrenamtliches Engagement stärker von der Gesellschaft bzw. vom Staat gewürdigt wird?</p>	<p>Das ehrenamtliche Engagement ist für uns unverzichtbar. Wir werden es daher weiter unterstützen. Wir haben die Übungsleiter- und die Ehrenamtszuschale erhöht. Die steuerliche Freigrenze für wirtschaftliche Tätigkeiten gemeinnütziger Vereine haben wir angehoben.</p> <p>Wir werden das ehrenamtliche Engagement fördern, indem wir Bürokratie abbauen und Verfahren vereinfachen. Dazu wollen wir vor allem die Digitalisierung nutzen. Spendenbescheinigungen sollen künftig aus dem Einzahlungsvorgang möglichst ohne Zutun von Spender und Zuwendungsempfänger erstellt werden. Als technische Voraussetzung für solche digitalen Spendenbescheinigungen haben wir die Einrichtung eines zentralen, online einsehbaren Zuwendungsempfängerregister beschlossen.</p>

Weitere Vereinfachung wollen wir beim Nachweis der Mittelverwendung und der Bescheinigung von Aufwandsspenden schaffen.

Wir werden für Spenden eine einkommensunabhängige Steuerminderung einführen.